



Zeitung der Sozialistischen Linkspartei ★ Nr. 117 Feb./März 2002 ★ Preis: EUR 0.80

Wir kämpfen für unsere Rechte!

Die Bilanz von zwei Jahren Blau-schwarz ist katastrophal - gerade auch für Frauen. Im Eiltempo wurden finanzielle Mittel für Frauenprojekte gekürzt, eine Männerabteilung gegründet und die Gleichbehandlungskommission in ihrer Arbeit behindert. Gleichzeitig ist die Regierung dabei, erkämpfte Rechte wie z.B. das Rückkehrrecht zum Arbeitsplatz nach der Elternkarenz und die Fristenlösung zu demontieren. Das alles passiert vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation und steigender Arbeitslosigkeit.

VON CLAUDIA SORGER,
SLP-FRAUENSPRECHERIN

Nicht nur am 8. März, dem internationalen Frauentag, kämpft die SLP um soziale und politische Gerechtigkeit, für Solidarität, für gleiche und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und für Sozialismus. Gerade diese Regierung macht Widerstand nötig.

KINDERGELD

Seit 1. Jänner 2002 gibt es das Kindergeld, das von der FPÖ als „revolutionäre Familienleistung“ bezeichnet wird. Das „Kindergeld für alle“ bringt neben dem Problem der Zuverdienstgrenze von 14.600 Euro gleich mehrere Nachteile mit sich: Mit der Einführung des Kindergeldes fallen nämlich auch bisherige finanzielle Leistungen und Zuschüsse weg. So wird der Mutter-Kind-Pass-Bonus gestrichen. Wenn die Arzttermine nicht eingehalten werden, droht eine Bestrafung: Das Kindergeld wird halbiert. Mit dem neuen Kindergeld fällt auch die Kinderbetreuungshilfe des AMS weg, die als Wiedereinstiegshilfe nach der Karenz gedacht war. Je nach Familieneinkommen betrug der Zuschuss zwischen 50 und 90 Prozent der Kosten für einen Platz bei einer Tagesmutter oder in einer Krippe. Auch die Sondernotstandshilfe wurde gestrichen: Bisher konnten AlleinerzieherInnen und Paare mit geringem Einkommen maximal ein Jahr Sondernotstandshilfe beziehen. Unmöglich wird auch der gleichzeitige Bezug von

Arbeitslosengeld und Kindergeld. Arbeitslose Eltern erhalten nur das Kindergeld.

Ein weiterer Haken: Der Kündigungsschutz von derzeit 24 Monaten wurde nicht auf die mögliche Bezugsdauer von 33 Monaten ausgeweitet. Eine Wiedereinstellung kann so verhindert werden. Hier sind fast ausschließlich Frauen betroffen: Im Jahr 2000 haben nur 28 Prozent der Frauen nach ihrer Karenz eine unselbstständige Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen, 20 Prozent arbeiteten als geringfügig Beschäftigte, während über 42 Prozent keiner Erwerbsarbeit mehr nachgingen. Im Vergleich zu 1997 ist damit der Prozentsatz der Wiedereinsteigerinnen um fünf Prozent gesunken.

GLEICHBEHANDLUNGSKOMMISSION

Nachdem die Gleichbehandlungskommission nach dem Rücktritt der bisherigen Vorsitzenden monatelang auf Eis gelegen war, wurde sie jetzt von Minister Haupt nachbesetzt. Alice Karrer-Brunner, die seit April 1997 für die FPÖ im Klagenfurter Gemeinderat saß und unter Elisabeth Sickl dem Kabinett der Sozialministerin angehörte, ist seit 1. Februar die neue Vorsitzende der Gleichbehandlungskommission. Die „Frauenpolitik“ der Klagenfurter FPÖ machte sich in den letzten Jahren unter anderem für die Halbierung der Subventionen für Kinderbetreuungseinrichtungen stark. Auch gab es radikale Kürzungen beim Frauenzentrum „Belladonna“.

Der Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen war und ist ein zentraler Bestandteil des Kampfes gegen den Kapitalismus!

KAMPF UM DAS RECHT AUF ABTREIBUNG

Eine der Forderungen, die die revolutionäre Frauenbewegung von Beginn an aufstellte, war die Entkriminalisierung der Abtreibung. Eine Streichung des Abtreibungsparagrafen 144, der aus maria-theresianischer Zeit stammte, wurde bereits in den 1920-er Jahren von Sozialistinnen gefordert; nicht zuletzt, weil Arbeiterinnen am meisten darunter zu leiden hatten: Sie waren es, die ins Gefängnis kamen oder bei Schwangerschaftsabbrüchen starben. Die blau-schwarze Regierung machte es möglich (fast 30 Jahre nach Einführung der Fristenlösung) die Diskussion aufs Neue zu entfachen. Bereits im Juli 2000 wurde ein an AbtreibungsgegnerInnen gerichteter Brief von Wolfgang Schüssel publik, in dem dieser versicherte, die ÖVP strebe eine Änderung der Abtreibungsregelung an. Und „Frauenminister“ Herbert Haupt kündigte an, dem Mann Mitspracherecht einzuräumen und die Fristenlosigkeit für

medizinisch begründete Abbrüche auf drei Monate verkürzen zu wollen.

WIR VERTEIDIGEN

DIE MAIRO-KLINIK

Wie konkret die Angriffe auf Frauenrechte sind, zeigt sich am Beispiel Mairo-Klinik, einer Abtreibungsklinik in Wien. „Human Life International - Österreich“, eine Organisation radikaler Abtreibungsgegner, versucht seit mehreren Jahren, den Betrieb dieser Klinik zu stören - Patientinnen und Klinikpersonal werden permanent terrorisiert. Vertreten durch die Rechtsanwaltskanzlei, die auch den Namen des FPÖ-Justizministers trägt („Böhmdorfer-Gheneff“), sollte die Klinik mittels Kündigungsklage zur Räumung gezwungen werden. Rechtsanwältin Gheneff versuchte, eine direkte Verbindung zwischen den regelmäßigen Kundgebungen der SLP vor der Mairo-Klinik und der Betreiberin der Mairo-Klinik herzustellen. Bezeichnenderweise werden linke Kundgebungen als Mitgrund für

eine Kündigung angeführt. Die Klage wurde jetzt zwar in erster Instanz zurückgewiesen, doch der Terror gegen Frauen geht weiter. Seit mehr als einem Jahr organisieren wir eine Kampagne zur Verteidigung dieser Abtreibungsklinik: Mit monatlichen Kundgebungen, Veranstaltungen, Sammeln von Kampagnenkarten bei den AnrainerInnen etc. Dass die „Ja zum Leben“-Aktivistinnen mit ihrer Klage nicht durchgekommen sind, ist ein erster Erfolg. Doch das ändert an der Situation der Klinik wenig: Die Wiener SPÖ hat es bis jetzt verabsäumt, für eine Lösung bei der Mairo-Klinik zu sorgen und ihr Räumlichkeiten in einer Krankenanstalt zur Verfügung zu stellen. Auch die Einführung einer Bannmeile rund um die Klinik wurde mit Verweis auf die rechtliche Situation nicht umgesetzt. Wir werden weiter für das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen eintreten.

DER KAMPF UM FRAUENRECHTE GEHT WEITER
Alle Parteien werben um die



Stimmen der Frauen und wecken gerade bei jungen Frauen Hoffnungen, die in der Arbeitswelt und der Familie schnell wieder zerstört werden. Am 8. März wollen wir aufzeigen, dass der Kampf um Frauenbefreiung immer auch ein Kampf gegen den Kapitalismus ist. Wir nehmen den 8. März zum Anlass, an die historischen Ursprünge des Frauentages zu erinnern und mit unseren Forderungen gegen die Benachteiligungen von Frauen in Österreich und anderen Ländern der Welt an die Öffentlichkeit zu gehen.



20 Seiten; 2,20 Euro
inkl. Porto, Zusendung
erfolgt nach Überweisung auf
PSK 8812.733

österreich

Gewerkschaft in der Krise
Seite 3

schwerpunkt

Argentinien
Seiten 4/5

international

Die „Achse des Bösen“
Seite 7

Das stalinistische Regime erklärte, dass die Sudetendeutschen den Faschismus begrüßt haben und ihre Aussiedlung legitim war. Ähnlich „legitimiert“ wurde die Planung des AKWs Temelin. Nach 1989 haben die Regierungen diese Politik fortgesetzt, auch Zeman. Würde man dem derzeitigen Nationalismus auf beiden Seiten folgen, ergäben sich große Probleme für die ArbeiterInnenklasse - nicht nur wegen Fragen der Vergangenheit. Vor allem die Ost-Erweiterung der EU birgt die Gefahr großer werdender Feindschaft zwischen österreichischen und tschechischen ArbeiterInnen. Auf der einen

Gegen Nationalismus in Ost und West!

von Vasek Votruba,
CWI-Tschechien

Seite fürchten sich ÖsterreicherInnen vor der billigen Arbeitskraft und könnten aus Angst vor Temelin die angeblich am härtesten dagegen „kämpfende“ Partei unterstützen. Andererseits fürchten TschechenInnen, dass ÖsterreicherInnen alles kaufen bzw. die Sudetendeutschen alles (wieder) bekommen könnten. Wir - die „Socialistická alternativa Budoucnost“ (Sozialistische Alternative, Zukunft) verteidigen die Interessen der ArbeiterInnenklasse. Gemeinsam mit Umweltgruppen kritisieren wir z.B. dass Temelin gebaut wird, obwohl die tschechische Republik Strom exportiert! Wir lehnen Temelin ab. Wir kritisieren gleichzeitig, wie mit den Beschäftigten im Energiebereich umgegangen wird und die katastrophalen Auswirkungen der Privatisierungen. Wir erklären den tschechischen Jugendlichen und ArbeiterInnen, dass die Aussiedlung der Sudetendeutschen ein großer Fehler war. Die echten Faschisten kamen so als „Opfer“ davon und wurden nicht als Täter bestraft. Die Verantwortung für den Faschismus in Europa wurde von der Rolle des Kapitalismus und seiner tiefen globalen Krise in den 30er Jahren auf eine Nation (Deutschland) reduziert. Auch das unterstützt bis heute z.B. tschechischen Nationalismus, statt Internationalismus unter ArbeiterInnen. Die antifaschistischen Traditionen der deutschen ArbeiterInnenbewegung und die Rolle ihrer sozialdemokratischen und KP-Führer - alles wurde zugegeben. Heute ist eine gemeinsame Antwort auf die Osterweiterung wichtig: Sie hat der herrschenden Elite in der tschechischen Republik, als Zielvorgabe für Stabilität und Wachstum, politisch genützt. Real werden v.a. europäische Konzerne von ihr profitieren: Druck zur Beibehaltung niedriger Löhne im Osten, Druck auf Löhne und soziale Standards im Westen. Unser Ansatz ist der gemeinsame Kampf von tschechischen, deutschen und österreichischen ArbeiterInnen. Wir kämpfen gemeinsam mit unseren Schwesterparteien gegen nationale Spaltung, für eine sozialistische Gesellschaft.

Eine Bilanz anlässlich von 2 Jahren blau-schwarz

Weg mit dem blau-schwarzen Scherbenhaufen!

Am 2. Februar 2000 schritt die Bundesregierung durch einen geheimen Gang zu ihrer Angelobung. Die Zeit der Stabilität war endgültig beendet: Vier MinisterInnenwechsel in zwei Jahren, Dauerfeuer aus Kärnten trotz mehrfacher „Rücktritte“ und ein stiller Kanzler drücken mehr als Personalprobleme aus: Diese Regierung ist schwach - die FPÖ selbst mutierte von der Erfolgstory zum Supergau. Trotzdem ist Blau-schwarz noch im Amt.

EINE RESOLUTION DER SLP-BUNDESLEITUNG

FPÖ und ÖVP vertreten teilweise unterschiedliche Teile des Kapitals, mit unterschiedlichen Interessen in einzelnen Fragen wie der Osterweiterung oder der Härte des Konfrontationskurses mit den Gewerkschaften. Das führte und führt zu einer Reihe von Konflikten in der Regierung. Entscheidend verstärkt wird diese Instabilität durch das Element des rechtsextremen Populismus der FPÖ, die als Oppositionspartei damit eine inhomogene Wähler-Innenschaft aufgebaut und bedient hatte. Diese Seite der Identität der FPÖ war von Anfang an der Dauerstörfaktor dieser Regierung - und gleichzeitig in der FPÖ selbst. Während die FPÖ-Regierungsmannschaft in erster Linie an ihrer gewonnenen Machtposition hängt, drücken die laufenden Niederlagen der FPÖ auf die Stimmungslage des Parteiapparats, vertreten durch Jörg Haider. Dass Blau-schwarz überhaupt die ersten Monate überlebte, ist in nicht unwesentlichem Ausmaß der EU zu verdanken. Die „Sanktionen“, die nie welche waren, wurden als Ablenkungsmanöver vom Sozialabbau genutzt und die „nationale Einheit“ gegen die EU beschworen.

Immer wieder kam es zu Krisen in der Regierung - wegen Haider diverser Beschimpfungen, während der Spitzelaffäre, um die Frage der Steuerreform, aufgrund des Temelin-Volksbegehrens und der Osterweiterung. Weder ein vorzeitiger Bruch der Koalition, noch eine Spaltung der FPÖ kann heute ausgeschlossen werden.

SCHWÄCHE DER OPPOSITION

Dass sich die Regierung trotz dieser Krisen hält, liegt am Mangel an Alternativen. Mit der SPÖ wäre die ÖVP wieder nur Juniorpartner, eine SPÖ-FPÖ Koalition würde ein relevanter Teil der SPÖ-Mitglieder und Funktionäre nicht mittragen. Die parlamentarische Opposition selbst ist schwach und unattraktiv: SPÖ/Grün begeistert kaum jemanden. Die SPÖ beschränkt sich darauf, die Regierung mittels Verfassungsgerichtshof zu „bekämpfen“ und tritt als „Anwalt des freien Wettbewerbs“ (Gusenbauer) auf. Die Grünen sind zwar noch nicht so weit gegangen wie ihre deutsche Schwesterpartei. Ihre „Oppositionslinie“ besteht aber daraus, sich im Gegensatz zur Regierung als echte staatstragende und EU-Partei zu präsentieren. Konkret bedeutet das viele einstimmige Beschlüsse im Parlament: z.B. zum „Nationalen Sicherheitsrat“.

DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG

Mit dem 1. Februar 2000 begann die „Widerstandsbewegung“. In zuerst täglichen, dann wöchentlichen Demonstrationen gingen hunderte Menschen auf die Straße. Die Höhepunkte waren der SchülerInnenstreik am 18. und die Großdemonstration am 19. Februar 2000. Monatlang kam es in verschiedenen Bereichen zu Protesten: bei SchülerInnen und Studierenden, bei Zivilisierten, in verschiedenen Betrieben (mit Dienststellenversammlungen), bei den LehrerInnen. Am längsten halten sich die „Donnerstagsdemonstrationen“, die heute als kleines aber existierendes Symbol übriggeblieben sind. Bis heute fehlt beim Widerstand gegen die Regierung der ÖGB. Dieser beklagt das Ende der Sozialpartnerschaft, setzt auf Verhandlungen und wartet. Dies führte zu Unmut unter der Mitgliedschaft und der ÖGB reagierte mit laschen Aktionstagen und letztlich einer Urabstimmung. Die hohe Beteiligung und die 88% für „Kampffondsmaßnahmen“ bei der Urabstimmung sowie die 50.000 bei der Demonstration im Juli 2001 zeigen die Bereitschaft der ArbeitnehmerInnen, sich zu wehren. Geseitert ist das bisher an der ÖGB-Bürokratie, auch wenn es Ansätze für Organisation gegen diese Bürokratie gibt. Trotz der Ausdauer und anfänglichen Stärke ist die Widerstandsbewegung letztlich gescheitert. Dies hat auch zu Frustration und Enttäuschung bei Teilen der AktivistInnen geführt. Andererseits hat eine ganze Generation

Auch das ist Blau-Schwarz: rassistischer Kampf gegen Flüchtende.



gelernt, dass es möglich ist, „etwas zu tun“. Insofern hat der 1. Februar 2000 tatsächlich eine Wende gebracht.

WIE WEITER?

Angeht die wirtschaftlichen Rezession werden die Angriffe härter werden - gegen den Sozialstaat, gegen die Gewerkschaft und gegen Löhne und Arbeitsbedingungen. Die Kristallisationspunkte für Proteste und Klassenkämpfe werden also zunehmen. Aber nach wie vor fehlt 1) eine kämpferische Gewerkschaft und 2) eine ArbeiterInnenpartei, die die Interessen der ArbeiterInnen zusammenfasst und für diese kämpft. Insofern können auch Neuwahlen nichts lösen. Gleichzeitig ist trotz der „Wende“ die Bourgeoisie alles andere als euphorisch: Die Regierung war noch nie so geschwächt wie heute. Der ÖGB hat nicht nur die Möglichkeit, sondern auch den Auftrag der Mitglieder, jetzt aktiv zu werden und diese Regierung zu stürzen. Wenn die Regierung bricht, steht

die ArbeiterInnenbewegung vor der großen Frage: „Was tun?“ Die Erfahrungen mit rosa-grün in Deutschland und mit rosa-schwarz in Österreich machen die Notwendigkeit einer neuen ArbeiterInnenpartei deutlich. Blau-Schwarz hat den Neoliberalismus von rosa-schwarz nur konsequent fortgesetzt.

Die SLP hat in der Widerstandsbewegung eine zentrale Rolle gespielt. Mitglieder der SLP wurden kriminalisiert. Wir werden uns auch in Zukunft an allen Protesten gegen den Sparterror, Rassismus und den Demokratieabbau beteiligen. Die SLP wurde fast zeitgleich mit der blau-schwarzen Regierung gegründet. In diesen zwei Jahren haben wir gezeigt, was unsere Ideen sind und wie wir für sie eintreten. Wer die SLP bisher nur beobachtet hat oder uns jetzt kennenlernt, unsere Ideen und unsere Arbeit unterstützt, der/die sollte das „Jubiläum“ zum Anlass nehmen, mit der SLP aktiv zu werden.

Keine Winterpause für SozialistInnen

Aktiv werden mit der SLP!

Die Regierung zieht uns allen das Geld aus der Tasche. Ebenso gibt es Verschlechterungen für fortschrittliche Organisationen. Auch deshalb haben wir im Jänner beschlossen, wieder verstärkt einen Schwerpunkt auf Kampffonds (Einnahmen durch Verkauf unseres Materials) und Zeitungs-Verkauf zu legen. Wir möchten mit Beispielen über einige unserer Aktivitäten berichten:

In der Eintragungswoche zum FPÖ-Temelin-Begehren trafen wir bei einem Zeitungsverkauf auf der Mariahilferstraße auf die blauen Snobs. Sie hatten Hochglanzprospekte und einen Stand aus Holzplatten. Dennoch haben wir das Feld nicht geräumt, sondern lautstark unsere Aktion durchgezogen. Mit Ausnahme eines alten einfachen Parteimitglieds waren die Funktionärstypen ziemlich still und ratlos.

Wir haben in einer knappen Stunde rund 10 Zeitungen verkauft und mit einigen Jugendlichen gute Gespräche gehabt - nachdem sie gemerkt haben, dass wir GEGEN die FPÖ sind.

MIT EINFACHEN MITTELN LAUT
Auch wenn wir uns keine Ausrüstung wie die FPÖ leisten können, sind unsere Aktionen anders als bei keiner Fall gleichgültig. Bei einer einfachen Verteilaktion für den geplanten internationalen Bildungsaktionstag von SWI (15. März) hat sich der Direktor einer der Hegelgassen-Gymnasien im Sinne der blau-schwarzen Regierung benommen: er holte die Polizei und meinte, er zeige uns an. Mit diesem Verhalten paßt dieser peinliche Mann bestenfalls in den Kaisermühlen-Blues. Leider werden diese Ein-

schüchterungsversuche zunehmen. Wir haben ein paar Tage später allerdings mit einem Infotisch und dem Einsatz eines Megaphons geantwortet, wobei der Direktor das Gelächter der SchülerInnen erntete.

100 X GEGEN BLAU-SCHWARZ

Bei der 100. Donnerstags-Demo Ende Jänner haben wir hinter dem Leittransparent dafür gesorgt, dass die Stimmungen der Demos des Jahres 2000 ein bißchen in Erinnerung geraten. Auf der ansonsten langweiligen Demo zum 2-Jahres-„Jubiläum“ von Blau-Schwarz (grüne Luftballons statt Stimmung) haben wir unter anderem mit einem Infotisch 87 Zeitungen verkauft! Bei der Buchpräsentation des neuen Donnerstags-Demo-Buch (siehe Seite 6) haben wir 70 Euro Spenden für die Bezahlung einer Strafverfügung gesammelt. Unsere Bundesprecherin Sonja wurde von der Polizei als „Veranstalterin“ einer der Demos „entdeckt“. Eigentlich müßten dann auch die vielen schlecht verkleideten

Die SLP: Immer und überall



Polizeibeamten bestraft werden, die gehen ja auch mit und sind damit auch „Veranstalter“, oder?

NACHBARSCHAFTSVERAUF

Demos allein sind zu wenig; daher wollen wir mit unseren Standpunkten auch direkt an die Menschen herantreten. Wir starten jetzt regelmäßige „Nachbarschaftsverkäufe“, bei denen wir Nachmittags oder am Samstag an Wohnungstüren klopfen, unsere Kampagnen präsentieren und Leute zum Mitmachen einladen. Gute Erfahrungen haben wir damit schon 2001 bei den Wahlen in Margareten und im rund um

die Mairo-Abtreibungs-Klinik gemacht. Dort haben schon viele Frauen gegen die penetranten „pro-life“-BeterInnen unterschrieben, die dort täglich Frauen terrorisieren. Mach auch Du/Machen auch Sie mit bei unseren vielfältigen Aktionen - in unseren Ortsgruppen (siehe Seite 6) und unter 524 63 10 erfährt/en Du/Sie mehr! Und damit wir auch in Zukunft weiterhin aktiv sein können und Aktionen noch besser werden, sind wir auch auf Deine/Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen:

PSK 8812.733

KAMPFFONDS

Ziel bis 31.08.01
4.700,- Euro

Impressum:
Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien,
Kaisersäule 14/11
Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung
nach außen durch die Bundessprecherin Mag.
Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung
Vorwärts hat John Evans inne. Grundgedanke
Richtung: Sozialistische Information im Sinne der
Programmatik der SLP.
Auflage: entsprechend der Themen unterschiedlich
Stz der Partei: 1070 Wien, Kaisersäule 14/11
Worters zu 100% im Besitz der SLP befindet sich
die sozialistische Gewerkschaftszelle „Die
Einheit“
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien.
Wipplingerstr. 23
Herstellung und Verleger: Wien
DVR: 08020202 Zulassungsnummer 327808W97U

Gewerkschaften in Krisenzeiten

Das Barometer zeigt auf Sturm

Krise: Bereits für das Jahr 2001 mussten sowohl national wie auch international die vorausgesagten Wirtschaftsdaten ständig nach unten revidiert werden. Im letzten Jahr wuchs die österreichische Wirtschaft nur noch um 1,1% - das ist der niedrigste Wert seit 1993. Wie reagieren nun die Gewerkschaften auf diese Anzeichen einer sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise.

VON ALI KROPF,
SLP-WIEN MITTE

Über die Dauer der Rezession in den USA - dem Konjunkturmotor der letzten Jahre - scheiden sich die Geister. Tatsache ist, dass die Spielräume immer enger werden: Seit März 2001 wurde der Leitzins in elf Schritten von 6,5 auf 1,75% gesenkt, um Investitionen zu erhöhen. Auch ohne den 11. September wäre die Rezession nicht vermeidbar gewesen.

Für Österreich wird laut WIFO mit einem Wirtschaftswachstum von 1,2% gerechnet. Dieser Wert liegt zwar um 0,1% höher als der vom letzten Jahr, aber von einer „Erholung“ der Konjunktur (Regierung), kann noch lange nicht gesprochen werden. Schließlich zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, dass die Prognosen im Laufe des Jahres nach unten korrigiert werden müssen. Nach den Kriterien des IWF muss übrigens jedes Wachstum unter 2% als Rezession gewertet werden.

WER BEZAHLT DIE RECHNUNG? Die EURO-Staaten haben sich mit einer Reihe von „Konvergenzkriterien“ und dem „Stabilitätspakt“ abgesichert: Nicht die Wirtschaft,

sondern die breite Masse der Bevölkerung soll zur Kasse gebeten werden. Die Folgen davon sind ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf den Rekordwert von 300.000 und weitere „Sparmaßnahmen“. Neben dem Null-Defizit hat sich die Regierung einer Senkung der Abgabenquote auf 40% verschrieben. Wirtschaftskammer-Präsident Leitl (ÖVP) errechnete, dass das alleine von 2003 bis 2010 jährliche „Sparpakete“ in der Höhe von jeweils 1,6 bis 2,4 Mrd. Euro (= rund 22 bis 33 Mrd. Schilling) bedeuten wird.

WIE REAGIERT DER ÖGB?

Der ÖGB ist von der wirtschaftlichen Entwicklung gleich doppelt betroffen. Auf der einen Seite versuchen Verzetnitsch & Co. um jeden Preis, die „Sozialpartnerschaft“ aufrechtzuerhalten. Dieses Konzept bedeutet heute nur eines: Die Bereitschaft zu weiteren Zugeständnissen in Form von Verschlechterungen. Hier eröffnet sich ein grundlegender Widerspruch: Vor dem Antreten von Blau-schwarz gelang es der Großen Koalition, unter Mittäterschaft des ÖGB die „Sparlogik“ in weiten Teilen der werk-

tätigen Bevölkerung zu verankern. Das Ergebnis der Urabstimmung weist heute auf eine qualitative Veränderung im Bewusstsein hin: Immerhin sind 88 Prozent der Mitglieder, die sich beteiligten, der Meinung, dass der ÖGB zur Verteidigung ihrer Interessen auch zu Kampfmaßnahmen greifen soll.

DAS ÖGB-SELBSTVERSTÄNDNIS

Im Protokoll des 3. Kongresses des ÖGB von 1955 findet sich folgende treffende Selbstdefinition: „Der österreichische Gewerkschaftsbund wird seine Lohnpolitik in der gewohnten vorsichtigen Weise fortsetzen. Er wird immer darauf Bedacht nehmen, dass uns nicht mit Recht der Vorwurf gemacht werden kann, dass wir die Wirtschaft schädigen.“ Konkret heißt das nichts anderes, als dass der ÖGB sich in Verhandlungen stets an der Konjunktur orientiert. Auf den ersten Blick erscheint das auch nicht so unlogisch. Schließlich gibt es mehr zu verteilen, wenn der „Kuchen“ groß ist und eben entsprechend weniger, wenn er klein ist. Die Realität der letzten Jahrzehnte ergibt aber ein anderes Bild: Auch in Zeiten guter Konjunkturdaten wurden „maßvoller“ Lohnrunden abgeschlossen, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Offensichtlich sind Konjunkturdaten daher nicht das ausschlaggebende Element für hohe oder niedrige Lohnrunden. Viel

„Der ÖGB ist eine Kampforganisation“ - nur wissen das nicht alle Funktionäre!

wesentlicher ist das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital im Verteilungskampf. Das heißt, dass z.B. auch in Zeiten schwacher Konjunktur durchaus höhere Lohnabschlüsse möglich sind, wenn die Gewerkschaften andere Druckmittel für Verhandlungen einsetzen. Damit sind aber nicht Anfragen im Nationalrat oder Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof, sondern die Mobilisierung der Beschäftigten gemeint - also z.B. Streiks.

WO DRÜCKT DER SCHUH?

Die Grundaufgabe von Gewerkschaften ist es, die Interessen (z.B. Lohnverhandlungen) ihrer Mitglieder zu vertreten. Damit stellt sich die Frage: Woher weiß eine Gewerkschaftsführung, wo ihren Mitgliedern „der Schuh drückt“? Funktionäre, die selbst ein Vielfaches vom durchschnitt-

lichen Gehalt ihrer Mitglieder verdienen kennen kaum die Probleme derer, die sie zu vertreten haben. So hat z.B. eine weitere Nulllohnrunde bei den BeamtInnen für den Vorsitzenden der BeamtInnengewerkschaft (GÖD), Neugebauer, keine großen Auswirkungen, sehr wohl aber für die breite Masse. Wir fordern: Keine FunktionärIn darf mehr verdienen als den Durchschnittslohn eines/er qualifizierten Arbeiters/in oder Angestellten.

FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN UND KÄMPFERISCHEN ÖGB!

Und obwohl sich der ÖGB auf seine Fahnen schreibt, eine nach demokratischen Gesichtspunkten aufgebaute Organisation zu sein, ist er das nicht. In seiner ganzen bis jetzt 57-jährigen Geschichte, gab es eine einzige Befragung der Mitglieder. Das war die Urabstim-

mung vom Herbst 2001. Ein Großteil der Funktionen und Positionen wird bereits im Vorfeld von Gewerkschaftstagen zwischen den beiden stärksten Fraktionen von SPÖ und ÖVP aufgeteilt. Noch nie wurde ich während meiner 14-jährigen Berufstätigkeit befragt, ob ich mit dem verhandelten Lohnabschluss überhaupt zufrieden bin. Und ich denke, dass es nicht nur mir, sondern der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und selbst BetriebsrätInnen so geht. Was wir also brauchen ist eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft, die mit Unterstützung ihrer Mitglieder sich jetzt das zurückholt, was uns in den letzten Jahrzehnten vorenthalten wurde! Und dafür kämpft die SLP im Rahmen des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB).



Frächterskandal:

Willkommen im freien Markt!

Die Behörden von Luxemburg und Deutschland haben geschafft, was weder der Brand im Tauerntunnel, noch die Debatte über die Transitbelastung erreicht haben: Endlich wird über die skandalösen Zustände im Frächtergewerbe berichtet.

VON MICHAEL GEHMACHER,
SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Der Regierung waren die Zustände länger bekannt. Doch der politische und wirtschaftliche Einfluss der Frächterlobby (mehrere große Frächter beraten Minister und Landeshauptleute) hat eine öffentliche Debatte und entsprechende gesetzliche Verbesserungen verhindert.

WIRTSCHAFTLICHER RAHMEN

Als Frachtunternehmer kann man viel Geld verdienen. Zum Einen definiert sich die EU klar als Gemeinschaft der Warenfreiheit. Und natürlich kaufen Unternehmen Material und Produkte dort wo es am billigsten ist. Klarerweise müssen diese Güter transportiert werden. Zum Anderen liegt es in Zeiten der „just-in-time-Produktion“ auf der Hand, dass die Eisenbahn keine Chance gegen den LKW-Verkehr hat, wenn es darum geht, das gewünschte Material rechtzeitig in ein Werk zu bringen. Das

Strassennetz ist um ein Vielfaches besser ausgebaut als das Schienennetz. Auch dafür hat die Frächterlobby mit Unterstützung der gesamten Wirtschaft gesorgt. Jede Firma versucht sich in Zeiten der Wirtschaftskrise Kosten und vor allem auch Lagerkosten zu sparen. „Mein Lager ist die Autobahn“, lautet das heutige Motto des Kapitals.

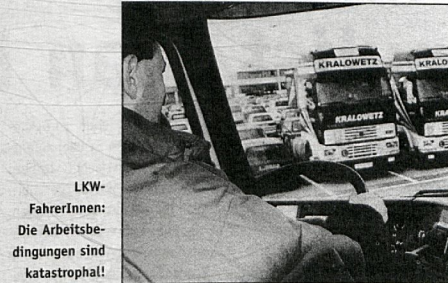
16 STUNDEN DURCH

Wer kein Lager braucht, braucht auch keine Lagerarbeiter. Das wirkt sich direkt auf die Arbeitsbedingungen vieler LKW-Fahrer aus. Grundsätzlich ist nach 9 Stunden eine Pause vorgeschrieben, nach 16 Stunden eine längere Ruhezeit. In diesen Zeiten müssen Fahrer den LKW oft beladen und entladen. In den Stundenlisten oder auf der Tachoscheibe scheinen solche Zeiten natürlich als Ruhezeiten auf. Daher verhindert die Wirtschaft auch die Anerkennung des LKW-Fahrers als Fachberuf. Einem Hilfsarbeiter kann man mehr an-

schaffen! Ruhebestimmungen und Arbeitszeitgesetz werden so gut wie nicht eingehalten. Der Soziologe Konrad Hofer hat schon vor einigen Jahren in einem Buch auf die Arbeitsituation bei LKW-Fahrern aufmerksam gemacht. Schon bei seiner ersten Fahrt als Begleiter ist der LKW-Fahrer mehrmals eingeschlafen! Viele Fahrer werden nach einem Sekundenschlaf erst durch andere Kollegen (durch Hupen oder Funken) oder durch das Fahren über den Pannestreifen (Rüttelleffekt) geweckt. Ein Arbeitstag mit mehr als 17 Stunden täglich ist keine Seltenheit. Ein durchschnittliches Bruttogehalt von EUR 876/- ATS 12.000,- (KV-Lohn EUR 5,91/ATS 81,-/Stunde!) zwingt zu Überstunden. Der soziale Druck zur Überschreitung der Ruhezeiten ist daher nur logisch. Wobei Konrad Hofer betont, dass sich viele Fahrer Kontrollen wünschen, weil sie dann die „Schuld“ für Ruhezeiten den Behörden zuschreiben können.

UNTERNEHMER PROFITIEREN VOM RASSISMUS

Anders ist die Lage für die tausenden illegal Beschäftigten: Sie fürchten dank der rassistischen



Fremdengesetze jede Kontrolle und werden als moderne Arbeitsklaven gehalten. Kriminalfälle wie die um den Frächter Kralowetz (ehemaliger Funktionär der FPÖ-Studenten RFS) sind hier nur die Spitze des Eisbergs. Der „Frächterskandal“ ist ein Produkt der freien Marktwirtschaft. Zustände wie Scheinselbstständigkeit, Subunternehmertum, illegale Beschäftigung, brutale Ausbeutung durch permanente Gesetzesübertretung gibt es auch in der Bauwirtschaft, im Gastgewerbe und in anderen Teilen des Dienstleistungssektors. Die Lösung des LKW-Problems liegt, zumindest im Fernverkehr, auf der Schiene und in einem zentralen Verkehrsplan. Nur eine Wirt-

schaft, die demokratisch und zentral plant, kann letztlich ein „Kilometerschinden“ und einen permanenten Wettlauf gegen die Zeit verhindern.

NOTWENDIG: BRUCH MIT DER MARKTLOGIK

Dort wo es möglich ist, sollte die Schiene den LKW ersetzen. Ein gutes Schienennetz ist wesentlich effizienter, sozialer und ökologischer. Ein Bruch mit der Marktlogik ist dazu eine Voraussetzung. Ein erster Schritt wäre eine Gewerkschaft, die auch mit Kampfmaßnahmen gegen die Zustände kämpft und sich nicht auf den Ruf nach neuen Gesetzen und dem Eingreifen der Behörden beschränkt.

SLP im Betrieb

Sven Hilberth gewählt!

Am 14.1. dieses Jahres fanden in der Firma Webfree-TV Wahlen zum Betriebsrat statt. Zur Wahl standen eine Liste, die der Geschäftsleitung nahe steht und eine Gruppe von MitarbeiterInnen, die das SLP-Mitglied Sven Hilberth als Spitzenkandidaten aufstellte. Die geschäftsleitungsnahe Liste erreichte zwar leider (mit 2 Mandaten) die Mehrheit, Sven Hilberth wurde aber mit einem Mandat in den Betriebsrat gewählt. Auch er wird mit seinem Mandat den Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) in der Gewerkschaft KMSFB und dem ÖGB unterstützen. Eine Herausforderung ist die Durchsetzung einer besseren Arbeitszeit-Vereinbarung.



5 Präsidenten in wenigen Tagen - Generalstreik - Massendemonstrationen

Argentinien - ein Land im Aufruhr

Eduardo Duhalde - so heißt der „aktuelle“ argentinische Präsident. Zumindest während dieser Artikel verfasst wird. Ob er noch so heißt, wenn Sie den Artikel lesen, ist nicht sicher. Fünf Präsidenten gaben sich innerhalb weniger Tage nacheinander die Türklinke in die Hand. Sie wurden von einem Generalstreik und andauernden Massendemonstrationen aus dem Amt gejagt. Die zweitgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas wird von einer tiefen Wirtschaftskrise erschüttert, die weitreichende - auch globale - Konsequenzen hat.

VON SONJA GRUSCH,
SLP-WIEN NORD

Der Sturz des ehemaligen neoliberalen Mustersstaates Argentinien ist tief. Gestern noch Wirtschaftsmodell, wird das Land heute von IWF und Weltbank für seinen Kurs gerügt.

REZSSION MIT ALLEN KONSEQUENZEN

Seit 1998 befindet sich Argentinien in der Rezession. Auslöser war die Asienkrise, die zu einer Kapitalflucht in die Kernländer des Kapitalismus, die sogenannten „sicheren Häfen“ (vor allem die USA), führte. Vier Jahre Rezession zeigen verheerende Folgen: 14 Millionen ArgentinierInnen leben in Armut - das entspricht fast 40% der gesamten Bevölkerung, ein Drittel davon in absoluter Armut. 60% der vier Millionen Menschen, die 2001 im Großraum Buenos Aires unterhalb der Armutsgrenze lebten, gehörten einmal zur Mittelschicht. 18% der ArgentinierInnen sind arbeitslos, ein großer Teil davon ohne soziale Absicherung. Weitere 15-25% sind unterbeschäftigt, also vor allem unter-

bezahlt. Anfang der 90er Jahre nahm Argentinien Platz 3 auf der Rangliste der boomenden Länder nach China und Thailand ein. Was war seither geschehen? War es nur eine verfehlte Wirtschaftspolitik von Menem oder De la Rúa?

DON'T TRY FOR ME ARGENTINA!?

Der jetzige Präsident Duhalde ist ein „Peronist“, also Mitglied der PJ (Partido Justicialista), der Peronistischen Partei. Ihre Ursprünge liegen in General Peróns Populismus in den 40er und 50er Jahren. Diese Phase des „Peronismus“ wirkt bis heute nach - wie die Erinnerung an ein „goldenes Zeitalter“ (siehe Kasten). Argentinien ist keineswegs „von Natur aus“ ein armes Land. Am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg profitierte der Rinder-Exporteur Argentinien vom Nahrungsmittelengpaß in Europa und stieg so 1943 zum neuntreichsten Land der Welt auf. Ende der 50er änderte sich die wirtschaftliche Situation allerdings, Angriffe auf die ArbeiterInnen nahmen zu, wie auch der Widerstand dagegen. Von 1976-83 reagierte das

Militär und setzte, ebenso wie auch Pinochet in Chile, auf den Monetarismus (heute sagen wir dazu Neoliberalismus) - eine radikale marktwirtschaftliche Politik. Der IWF hatte kein Problem mit der Militärdiktatur, die 20-30.000 Menschen das Leben kostete und gewährte Kredite. Es existieren kaum Aufzeichnungen darüber, was mit dem Geldgeschah (das wohl größtenteils in den Taschen der Militärs landete), aber die Auslandsverschuldung stieg in diesen sieben Jahren von acht auf 43 Milliarden Dollar. Argentinien war hart von der Weltwirtschaftskrise Ende der 70er/Anfang der 80er betroffen. Der Versuch der Militärs, mittels des Krieges gegen Britannien um die Malvinen/Falklandinseln 1982 von den sozialen Problemen abzulenken, schlug fehl. Seit 1983 sind abwechselnd Regierungen der UCR (Union Civica Radical, zweite bürgerliche Partei) und der PJ an der Macht.

MENEM UND DIE „CONVERTIBILIDAD“

Die Inflation bzw. Hyperinflation war in den 80er Jahren zu einem zentralen Problem geworden. Die Wirtschaftspolitik des peronistischen Präsidenten Carlos Menem war von Privatisierungen und der „Convertibilidad“ geprägt. Diese fixe Bindung des argentinischen Pesos an den US-Dollar im Verhältnis 1:1 war Menems Prestigeobjekt. Gleichzeitig wurden 50 der begehrtesten Staatsbetriebe zu Spottpreisen verkauft.

Schätzungen gehen davon aus, dass dem Staat rund 60 Milliarden Dollar an Einnahmen entgingen, weil die Staatsbetriebe weit unter ihrem Wert verschleudert wurden. Auf Druck von IWF und Weltbank wurden noch hundertaufende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen und die Wirtschaft liberalisiert. Unter Menem wurde Argentinien zu einem riesigen Supermarkt für ausländisches Kapital. Multinationale Unternehmen kauften sich ein und profitierten enorm. Auch die Korruption blühte. Auch wenn in dieser Zeit die Mittelschicht wuchs und die Wirtschaft kurzfristig boomte, ging der „Aufschwung“ doch an großen Teilen der Bevölkerung vorbei und war wenig nachhaltig. In den letzten fünf Jahren ist die Kaufkraft um fast 50% gesunken. Gleichzeitig erschütterten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre mehrere Wellen von Streiks und Demonstrationen das Land, die sich auch gegen Menems Politik und Korruption richteten.

DE LA RÚA UND DAS NULLDEFIZIT

Am 24.10.1999 gewann mit De la Rúa wieder ein Nicht-Peronist die Wahl. Seine Amtszeit stand im Zeichen der Rezession und war geprägt vom Ziel, ein Nulldefizit zu erreichen (das im Juni 2001 sogar gesetzlich beschlossen wurde) und dem Versuch, ein neues Arbeitsgesetz zu verab-

schieden, dass das Ziel hatte, die Gewerkschaften zurückzudrängen und die ArbeiterInnen zunehmend zu entrechten. Die Amtszeit De la Rúa's sah acht Generalstreiks, die 2000 sogar zum Bruch der Koalition zwischen UCR und dem Parteienbündnis Frepaso führte. Der Generalstreik vom 13. Dezember 2001 war nur der vorläufige Höhepunkt in einer Serie von Arbeitskämpfen und Demonstrationen. Er drückt das neue Selbstbewusstsein der argentinischen ArbeiterInnenklasse aus. Dem Generalstreik gegen das Arbeitsgesetz im Mai 2000 folgten einer im Juni gegen Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst. Im November desselben Jahres beteiligten sich 6,5 Millionen ArbeiterInnen an einem neuerlichen Generalstreik, 100.000-200.000 Menschen kämpften als Streikposten in dieser Auseinandersetzung. Eine Zielscheibe der Streiks war Finanzminister Cavallo. Cavallo war schon zu Zeiten der Militärdiktatur Chef der Zentralbank gewesen. Er hatte unter Menem als Wirtschaftsminister die Dollarbindung eingeführt und war unter De la Rúa wegen seines rigorosen Sparprogrammes verhaßt. Auch unter Druck des IWF sah das Budget für 2002 Kürzungen bei Pensionen und den Gehältern der öffentlich Bediensteten um -13% vor, 300.000 Stellen sollten im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Als Cavallo dann noch die Bankguthaben einfrieren lies, war das

Maß voll. ArbeiterInnen, Arbeitslose, PensionistInnen, die auf ihre Ersparnisse angewiesen sind, durften nur mehr maximal 500, später 1000 Pesos pro Monat von ihrem Konto abheben.

„CACEROLAZOS“ - DAS VOLK IST AUF DER STRASSE

Der Generalstreik am 13.12.2001 führte zum Rücktritt Cavallos und war Auslöser der Massenproteste vom 19./20. Dezember. Arbeitslose erstürmten Supermärkte und Geschäfte. Am 19. Dezember versuchte De la Rúa in die Offensive zu gehen und verhängte den Ausnahmezustand. Der Einschüchterungsversuch, wirkte tatsächlich wie ein Signal zum Aufstand: Binnen kürzester Zeit kam es zu den „Cacerolazos“, jenen Massendemonstrationen, wo ArbeiterInnen, Arbeitslose, PensionistInnen und v.a. die verarmten „MittelständlerInnen“ und kleine Selbstständige mit Besteck oder Kochlöffeln auf Töpfe schlugen. Die Polizei ging teilweise mit extremer Härte vor, mindestens 26 Menschen wurden getötet. Aber die Proteste gingen weiter und schon am 21. Dezember mußte De la Rúa zurücktreten. Auf seinen Vizepräsidenten Ramon Puerta folgte schon am 23. Dezember der Peronist Rodriguez Saá der aber bereits am 29. Dezember wieder zurücktreten mußte. Dann wieder Ramon Puerta, später Eduardo Camon und schließlich am 1.1.2002 Eduardo Duhalde.

Was ist Peronismus?

Der Populist Juan Perón

Die Geschichte Argentinien's kannte bis jetzt drei unterschiedliche Phasen peronistischer Herrschaft: 1946-55, 1973-1976 und 1989-1999. Mit Eduardo Duhalde wurde jetzt wieder ein Peronist Präsident. Was bedeutet(e) „Peronismus“ einst und jetzt?

VON JOHN EVERS,
SLP-WIEN NORD

Knapp zusammengefasst bezeichnet man als Peronismus jene bürgerliche, nationalistische Bewegung, die unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, auch in der ArbeiterInnenklasse Argentinien's, Wurzeln schlagen konnte. Der Peronismus präsentierte sich selbst als unabhängige Kraft des politischen und sozialen Ausgleichs. Historisch gab es immer wieder das Phänomen mehr oder weniger populistisch auftretender „Retter der Gesellschaft“, meist „zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte“; So definierte zumindest Karl Marx die Regentschaft von Napoleon III Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich. MarxistInnen spre-

chen seitdem vom „Bonapartismus“. Gemeint ist damit ein letztlich instabiles Regime, daß - nur scheinbar - über den Klassen steht, Schläge in verschiedene Richtungen verteilt, aber letztlich einzig dem Zweck der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung dient.

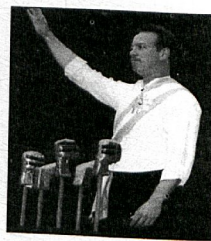
DIE HISTORISCHE KURVE DES PERONISMUS

Der wirtschaftliche Aufschwung Argentinien's in der Zwischenkriegszeit wurde von einem Aufschwung der ArbeiterInnenbewegung begleitet. Repression allein erwies sich letztlich als nicht ausreichend um dieser Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. 1943 führte die Kommunistische Partei einen Generalstreik gegen einen drohenden Staatsstreik durch. Hier beginnt Juan Peróns politische Laufbahn. Er ist Mitglied des argentinischen Ge-

neralstabs und eben zurückgekehrt von einem Studienaufenthalt im faschistischen Italien. Perón setzt nicht auf die „üblichen“ Mittel der Herrschenden. Er unterbreitet rechten Gewerkschaftsführern Angebote, wenn sie gegen „Radikale“ in den eigenen Reihen vorgehen. Gleichzeitig verbindet er diese freundliche Offerte mit der Unterdrückung linker GewerkschafterInnen und Organisationen. Die Kämpfe hören daraufhin auf. Perón hat erstmals die Rolle als Retter der Nation gespielt und verfeinert die Mischung aus Repression und Reform zum politischen Prinzip. Als Arbeitsminister und Vizepräsident wird er zum starken Mann in der Regierung und verkündet den „sozialen Frieden“. Damit beginnt auch die Umsetzung von einigen - für damalige Maßstäbe unglaublichen - Reformen: Pensionen, Arbeitsgericht, Unfallversicherung, Ausbau der sozialen Leistungen unter Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie, die ihn dafür unterstützt. Während für

die mächtige Kommunistische Partei Perón - auf Weisung Moskaus - einfach nur ein Faschist ist, setzt dieser mehr um, als die KP in ihrem damaligen Programm fordert. Gleichzeitig organisiert seine Frau Evita populäre Wohlfahrtsprogramme durch - nicht immer ganz freiwillige - Spenden der Reichen für die Ärmsten der Armen, die sogenannten „Hemdlosen“. Unmut in Teilen der Bourgeoisie über zu weitreichende Zugeständnisse führen 1945 zu einem Putschversuch gegen Perón. Ein Generalstreik beantwortet diesen Versuch, seitdem orientieren sich die wichtigsten Teile der ArbeiterInnenklasse endgültig am „Peronismus“. Perón wird auf dieser Grundlage Präsident und ist am Höhepunkt seiner Macht, die er bis zu seinem Sturz 1955 behält. Entscheidend für diese Phase seiner Herrschaft war die weltwirtschaftliche Situation, die dem argentinischen Kapitalismus eine Art Sonderkonjunktur und gewisse Zugeständnisse ermöglichte. Mitte der 50er war es damit vorbei, die instabi-

le „Koalition“ aus Gewerkschaften, Hemdlosen, Militärs und argentinischer Bourgeoisie zerbrach: Von Perón blieb nur noch der Mythos. Als der greise General Mitte der 70er aus dem Exil zurückgeholt wurde, konnte er nur mehr eine Karikatur seines ehemaligen Regimes errichten. Argentinien befand sich damals in einer tiefen ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Die gesellschaftliche Polarisierung drückte sich letztlich am schärfsten in der peronistischen Bewegung selbst aus: Ein offener faschistischer Flügel terrorisierte militante GewerkschafterInnen und linke JungeronistInnen. Vor allem Peróns Nachfolgerin - seine zweite Frau - war die Verbindungsstelle zu rechtsextremen Kräften. Sie bereitete damit im Grunde ihren eigenen Sturz durch die Militärdiktatur die ab 1976 folgte, selbst vor. Eine einzige Zahl verdeutlicht, daß die schließlich bisher letzte Phase des „Peronismus“ unter Menem (1989-1999) mit dem klassischen Peronismus nichts mehr zu tun



hatte: Während unter Perón die Lohnquote in den 40er und 50er Jahren auf 60% kletterte, sank sie in den 90er Jahren auf 18%.

PERONISMUS HEUTE

Nach wie vor spielt der „Peronismus“ eine Rolle im politischen Leben Argentinien's, vor allem auch in den Gewerkschaften. Gleichzeitig richtet sich die Stimmung der Bewegung gegen alle etablierten politischen Strömungen. Die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben auch zur Diskreditierung des Peronismus beigetragen. Das gibt die Chance dieses Relikt endgültig zu Gunsten einer sozialistischen Perspektive zu überwinden.

uhr

DUHALDE ALS REITER?

Duhalde übernimmt die Regierung in einer extrem schwierigen Situation. Optimisten hoffen, dass die argentinische Wirtschaft im Jahr 2002 nur um fünf Prozent schrumpft, aber viele Ökonomen rechnen eher mit minus 10-15%. Die soziale Situation hat sich keineswegs entspannt. Die Entkoppelung vom Dollar ist auch keine Lösung, sondern schafft ihrerseits neue Probleme, weil ein Großteil der Schulden in Dollar sind, was diese nun in die Höhe treibt. Der Ankündigung Duhaldes, für Kleinsparer den alten Wechselkurs von 1:1 aufrechtzuerhalten geht auf Kosten der Banken. Ein Zusammenbruch des Bankensektors mit weitreichenden Folgen auf die Wirtschaft wäre die wahrscheinliche Konsequenz. Zu einem in dieser Situation notwendigen Bruch mit dem Kapitalismus - etwa durch Rücknahme der Privatisierungen, Verstaatlichung der Banken (...) - ist der Präsident allerdings sicher nicht bereit. Duhalde ist Peronist und versucht Anleihen am Populismus der 40er und 50er Jahre zu nehmen. „Für viele Jahre hat man uns in Argentinien glauben gemacht, dass es in dieser neuen Weltordnung nur ein mögliches ökonomisches Modell gebe. Das ist eine völlige Unwahrheit.“ gab sich Duhalde in seiner Antrittsrede kämpferisch. Doch die Umstände sind anders als zu Zeiten Perons. Die Wirtschaft hat im Rahmen des Kapitalismus keine Spielräume für Zugeständnisse an die ArbeiterInnen und die Armen. Den Kapitalismus selbst stellt Duhalde, der schon unter Menem Teil dessen neoliberaler Regierung war, nicht in Frage. Gleichzeitig sitzt er auf einem Vulkan, der wohl kaum bis zum offiziellen Ende seiner Amtsperiode 2003 ruhig bleiben wird.

WARUM HAT SICH NICHT MEHR GEÄNDERT

Die Ereignisse zum Jahreswechsel 2001/2002 haben Argentinien verändert. Die herrschende Klasse war gespalten, uneinig über das wie weiter und unfähig, zu agieren. Das Vertrauen in den Kapitalismus und seine Eliten ist tief erschüttert. Bei den Wahlen am 14.10.2001 gingen trotz Wahlpflicht 30 % gar nicht erst zur Wahl, weitere 20% stimmten weiß oder ungültig. Die Mittelschichten sind zu großen Teilen verarmt und Teil der Bewegung. Sie haben die Kampfformen der ArbeiterInnenklasse aufgegriffen und sich zu eigen gemacht. Die ArbeiterInnenklasse befindet sich in einer unerträglichen Situation und hat in einer Reihe von Kämpfen gezeigt, dass sie nicht mehr bereit ist, diese hinzunehmen. Die Massen waren und sind auf der Straße nicht einmal, sondern immer und immer wieder. All das sind wichtige Elemente

einer revolutionären Situation. Trotzdem hat Argentinien einen bürgerlichen Präsidenten, trotzdem hat der Aufstand den Kapitalismus selbst nicht offensiv in Frage und eine sozialistische Gesellschaftsveränderung unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt. Auch wenn der Kapitalismus offensichtlich keine Perspektive anzubieten hat, fehlt ein entscheidendes Element für seinen Sturz: Eine revolutionäre Partei mit Massenunterstützung, die den Protesten eine klare Richtung und ein klares Ziel geben kann.

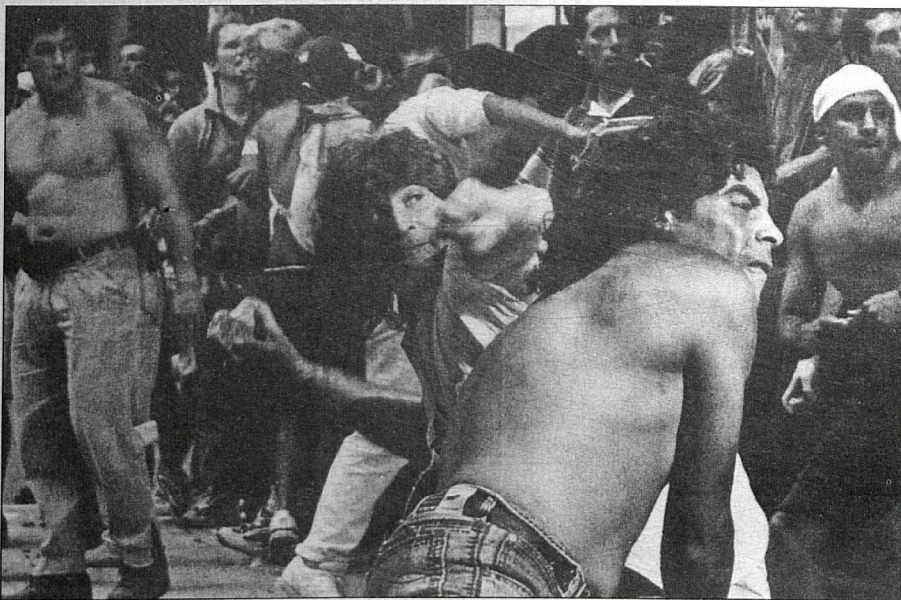
DAS ERBE DES PERONISMUS ALS HINDERNIS IN DER ARBEITERINNENBEWEGUNG

Das Fehlen großer, eigenständiger Organisationen der ArbeiterInnenbewegung ist ein zentrales Problem in Argentinien, dass seine Ursachen in der speziellen Natur des Peronismus und der Ermordung zehntausender RevolutionärInnen während der Militärdiktatur hat. Der größte Gewerkschaftsdachverband CGT ist traditionell eng mit der Peronistischen Partei PJ verbunden. Erst in den letzten Jahren haben sich gewerkschaftliche Strukturen jenseits der CGT entwickelt, wie die CTA und die CGT-Dissidente/rebelde, aber auch eigenständige Strukturen der Basis, wie die Piqueteros (Piquete = Streikposten oder Straßenbarrikade). Beim letzten Generalstreik und der Bewegung nachher spielten diese Gewerkschaften allerdings keine Rolle. Die wachsende Ablehnung des Establishments drückt sich bei den Wahlen im letzten Oktober auch im guten Abschneiden von verschiedenen, weit links stehenden Listen aus mehreren Organisationen aus, die insgesamt über eine Million Stimmen erhielten, in Buenos Aires sogar über 20 %.

In der momentanen Bewegung werden alle diese Organisationen von den Massen getestet - ihre Forderungen, ihr Auftreten, ihre Programme.

REVOLUTION IST MÖGLICH

Die ArbeiterInnenklasse muss ihre eigene, unabhängige Alternative aufbauen. Eine ArbeiterInnenmassenpartei mit sozialistischem Programm ist ebenso notwendig, wie der Aufbau regionaler Komitees von Delegierten aus den Betrieben, von Arbeitslosen, SchülerInnen und Studierenden sowie den Menschen die dort leben. Diese Komitees könnten die Verteilung der Lebensmittel ebenso organisieren, wie die Korruption der bisher herrschenden Untersuchungen ans Licht bringen. In einzelnen Provinzen sind solche Komitees aus den Kämpfen der letzten Jahre immer wieder entstanden. Entscheidend wäre, diese Komitees nicht nur auf lokale Aufgaben zu beschränken, sondern regional und natio-



nal zu verbinden und so eine alternative Regierung der ArbeiterInnen und anderer vom Kapitalismus ausgebeuteter Menschen aufbauen. Eine solche Regierung hätte die Aufgabe sofort einen Aktionsplan mit öffentlichen Arbeiten zu entwickeln, um Arbeit für die Arbeitslosen bereitzustellen und gleichzeitig die durch Sparmaßnahmen und Privatisierungen darniederliegende Infrastruktur (Häuser, Schulen, Krankenhäuser und am Transportsystem) wieder aufzubauen. Nur wenn die Kreditraten und die Schulden kleiner und mittlerer Schuldner bei den Banken gestrichen werden, kann die Spirale der Verelendung gestoppt werden. Ein Mindestlohn und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden/Woche wären wirksame Maßnahmen gegen Armut und Ausbeutung. Der Widerstand der Banken und Konzerne muß dazu gebrochen werden: Der Kapitalismus muß durch die Einführung einer demokratischen sozialistischen Planung der Produktion auf der Basis der Vergesellschaftung der Banken und der wichtigsten Unternehmen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen beseitigt werden.

Es gibt auf unterschiedlicher Ebene neue Organisationsformen: ca. 50 Volksversammlungen auf Bezirksebene in Buenos Aires, die sich wöchentlich treffen und Delegierte wählen. Diese Komitee sind in einem 2x pro Woche tagenden Komitee verbunden. Viele Arbeitslose sind in der CTA und bei den Piqueteros organisiert, die am 16/17. März eine Demonstration und eine bundesweite Versammlung abhalten werden. In der „Volksuniversität“ diskutieren rund 3000 „StudentInnen“ v.a. politische Fragen. Die Cacerolazos finden nach wie vor jeden Freitag statt und darüberhinaus sind einige

Betriebe besetzt. Zentral wichtig ist der Aufbau der verschiedenen Komitees, v.a. auch in Betrieben, ihre Vernetzung und eine wirklichen politischen Gegenmacht. Eine solche Regierung könnte diese Politik als Vorbild nach

ganz Lateinamerika und in den Rest der Welt tragen. Argentinien ist alles andere als ruhig und friedlich. Wenn die sozialistischen Kräfte nicht die Oberhand gewinnen, ist nicht ausgeschlossen, dass rechts-populistische

Kräfte und/oder das Militär wieder versuchen, die Macht an sich zu reißen. Sozialismus ist für Argentinien keine ferne Utopie, sondern eine reale, weil notwendige Perspektive.

Argentinische Grippe

Lateinamerikanisches Dominospiel

Argentinien ist ein Beispiel, das die Folgen und das Scheitern des neoliberalen Modells weltweit verdeutlicht. Ein weiterer Aspekt der globalisierten Wirtschaft nimmt nun immer schärfere Konturen an: Nationale ökonomische Krisen zeigen auf Grund der Verflechtungen und Abhängigkeiten von internationalem Kapital den Trend, sich mit rasanter Geschwindigkeit in anderen Ländern auszubreiten.

VON WOLFGANG FISCHER, SLP-WIEN MITTE

So führte etwa die „asian flu“ (asiatische Grippe), die Krise der südostasiatischen „Tigerstaaten“, ausgelöst durch die Instabilität der internationalen Finanzmärkte, in Folge zu massiven Krisen in Russland, Brasilien und Argentinien (1998). Die angespannte Situation der Weltwirtschaft bedeutet, daß für solche Ereignisse heute kaum noch „Spielräume“ vorhanden sind. In den größten Ökonomien Südamerikas - vor allem Brasilien und Argentinien - hat der neoliberale Boom der letzten Dekade sowie ein Explodieren der Auslandsschulden die Polarisierung zwischen den Klassen verstärkt. Mittelfristig wird die dort schon vier Jahre anhaltende Wirtschaftszession Argentinien auch einen starken Einfluss auf den wichtigsten Handelspartner des Landes, auf Brasilien haben. Schon jetzt sind die Auswirkungen in ganz Südamerika sichtbar: „Die Krise in Argentinien bekommen jetzt mit voller Wucht die Nachbarländer des südamerikani-

schen Landes zu spüren. Hart betroffen sind vor allem Uruguay, Bolivien, Peru, Paraguay und Chile. Die Exporte nach Argentinien sind stark geschrumpft, die bisher zahlungskraftigen argentinischen Touristen bleiben aus“ (Kurier, 15.2. 2002). Seit Mitte der 90er Jahre steht die herrschende Klasse der verschiedenen lateinamerikanischen Länder unter massivem Druck. Einerseits gilt es, ihre eigenen (kapitalistischen) Interessen zu verteidigen, andererseits sieht sie sich immer öfter mit Massenaufrufen der Bevölkerung konfrontiert. Dies zeigt sich sehr deutlich seit dem Machtwechsel



Argentinien: Aufstand der ArbeiterInnen - Sturz der Präsidenten
Stellungnahme des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale
Was ist nun die Permanente Revolution?
von Leo Trotzki
Eine Broschüre der SLP

in Venezuela, bei dem 1998 General Hugo Chavez, ein radikaler kleinbürgerlicher Politiker in freien Präsidentschaftswahlen an die Macht kam. Chavez' populistische Politik reflektiert vor allem die Radikalisierung in den verarmten Mittelschichten, sowie deren Hass auf die Korruption und Imperialismus. Venezuela stellte das erste Glied der beginnenden Radikalisierung in Südamerika dar, mittlerweile haben die Proteste und Aufstände der Menschen in Argentinien ein qualitativ höheres Level erreicht. Auch in Venezuela dreht sich nun die Spirale aus Krise und Polarisierung weiter: Das Land hat Mitte Februar den Wechselkurs seiner Währung Bolivar freigegeben. „De facto bedeutet das eine Abwertung, der Bolivar war bisher laut Experten um 40 Prozent überbewertet“ (Kurier). Auch dieses Beispiel zeigt: Argentinien ist heute vom neoliberalen Musterknaben zum Dominostein geworden, der eine Volkswirtschaft nach der anderen in die Krise werfen könnte.

NEUE BROSCHÜRE:

Texte vom Komitee für eine ArbeiterInneninternationale und von Leo Trotzki zur Permanente Revolution
20 Seiten A5 um 2,8 Euro
Zusendung erfolgt nach Überweisung auf PSK 8812.733

Buchrezension

Nur nicht zu radikal!

„Wiener Wandertage“ – so der Titel eines neuen Buches über die Do-Demonstrationen, welches am Dienstag, dem 19. Februar, der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Anwesend waren u.a. Madeleine Petrovic (Grüne), Walter Baier (KPÖ), Hubsi Kramar (Künstler) etc. Gekennzeichnet war das Treffen von mehreren Geburts- (oder vielmehr Trauer-) tagen: Das zweijährige Bestehen der Regierung, das zweijährige Bestehen der Do-Demos und die Geburt des ersten Buches über besagte Demos.

VON MARIA HÖRTNER,
SLP-WIEN-MARGARETEN II

Egal wie man/frau über die Regierungsbeteiligung der FPÖ oder über die daraus resultierende Widerstandsbewegung denken mag: Tatsache ist, dass diese Politisierung breiter Teile der Gesellschaft lange nicht da war. Es folgte eine Bewegung, die in ihrer Standhaftigkeit einzigartig ist. Was dieser Widerstandsbewegung jedoch gefehlt hat, war aus meiner Sicht ein Faktor, nämlich eine Partei, welche die Bewegung mit einer klaren Richtung hätte lenken können. Elfriede Gans hat dieses Problem in ihrem Beitrag auf den Punkt gebracht: „Wozu machen wir die Demo? Was wollen wir damit erreichen?“ Eine Fragestellung, die unterstreicht, dass nicht einmal innerhalb der Demonstranten Einigkeit über die Vorgehensweise und die Zielsetzung geherrscht hat. Einige dachten an Neuwahlen, andere an weitere Demonstrationen, bis Blau-schwarz freiwillig gehen würde. Wir waren der Ansicht, dass einzig und allein ein großer bzw. Generalstreik die Regierung zum Rücktritt zwingen würde. „Wir sind alle so bunt und lassen uns nicht von einer Partei vereinnahmen“, war das Motto von vielen; zumeist selbst in politischen Parteien und Organisationen altgedienter Protagonisten in der Widerstandsbewegung; zumindest von jenen, welche in den bürgerlichen Medien, in Filmen und Büchern gezeigt werden. Und das spiegelt sich auch ganz deutlich in diesem Buch wider. Das Buch hat den Anspruch, sehr breitgefächert zu sein. Tatsächlich ist

der Blick auf den Widerstand ganz verengt auf ein Dogma: Alles ist bunt.

Was ausblendet wird: Die Rolle, die linke Organisationen – wie die SLP – innerhalb der Bewegung

aber, dass zumindest die Existenz anderer Gruppierungen entsprechend erwähnt wird. Ganz totgeschwiegen können sie ohnehin nicht werden: Bei den Fotos ist ab und zu der Name einer Organisation, eine linke Zeitung etc. zu erkennen.

ABER POLIZEI KRIMINALISIERT Die Polizei hält es mit alledem ohnehin anders: Sonja Grusch, Bundessprecherin der SLP ist eine von wenigen, die der Staat bis dato als „schuldig“ für die

WIENER WANDERTAGE



Eine Dokumentation

Wiener
Wandertage
Eine
Dokumentation
Herausgegeben
von Frederick
Baker und
Elisabeth Boyer

Wieser Verlag
ISBN 3 85129 381 9

Woche für Woche spielen. Sie haben nicht allein die Forderung nach einem Rücktritt der Regierung aufgestellt, sondern versucht, dies in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Beispielsweise wurde die Initiative zur Behandlung jeweils aktueller Themen im Rahmen der Demo-Route von ihnen gesetzt. Über diese linken und sozialistischen Ideen und Vorstellungen wird Zensur verhängt: Dass Wörter wie „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ in dem Buch stehen, war nicht einmal zu erwarten. Angenommen habe ich

Organisierung der Donnerstagsdemonstrationen erkannt haben will. Polizei und Unabhängiger Verwaltungssenat haben „festgestellt“, dass Sonja, weil mit Megaphon auf Demos, weil dort aktiv und überhaupt weil jede/r der auf eine unangemeldete Demo geht, „verantwortlich ist“. Und daher Strafe zahlen muss für die Nichtanmeldung der Donnerstagsdemonstration.

Spenden zur Begleichung dieser Strafverfügung unter diesem

Kennwort bitte auf unser Konto:

PSK 8812.733

Leserbrief

Befreiung mit Anführungszeichen und Februargedanken

Folgender Leserbrief erreichte uns zur letzten Ausgabe:

„Werte Genossen!

1) Im Artikel von John Evers steht zu lesen: „befreite“ die Rote Armee das Land“. Mich stören die abwerteten Anführungszeichen, denn letztlich hat die Tschechoslowakei (trotz Übergriffen der Soldateska) ihre Befreiung vom Hitlerjoch ja tatsächlich den Russen zu verdanken.

2) War der Jahrestag des 12. Februar 1934, wo ich ein paar Worte des Gedenkens an den Abwehrkampf der Sozialdemokraten gegen den aufkeimenden Faschismus erwartet hätte.

Nichts für ungut! Karl MÜNICHREITER jun.“

Lieber Genosse Münchreiter!

Vielen Dank für Deinen Brief. Er gibt uns Gelegenheit zur Klar- und Richtigstellung in einer sehr wichtigen Frage: Der Sieg der Sowjetunion über den Faschismus war die wichtigste Voraussetzung für die Befreiung ganz Europas vom – wie du es ausdrückst – Hitlerjoch. Anführungsstriche sind so betrachtet tatsächlich mißverständlich. Sie wären höchstens angebracht, um die „hehrenden“ Motive hinter dem späten Kriegseintritt der USA zu hinterfragen: Die US-Intervention erfolgte erst 1944, als die Rote Armee ansetzte, den ganzen Kontinent zu überrennen. Auch die Atombombenabwürfe gegen die japanische Zivilbevölkerung waren barbarisch und von rassistischer Überheblichkeit motiviert. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass der 2. Weltkrieg vor allem ein Krieg gegen die Sowjetunion war. Auch den Fortschritt den ihr Sieg und die Abschaffung des Kapitalismus in Osteuropa im globalen Maßstab brachte, ist offensichtlich: Die Konkurrenz zwischen den Systemen war eine wichtige Voraussetzung für zahlreiche soziale und politische Errungenschaften im Westen. Die Restauration des Kapitalismus hat umgekehrt den Druck auf die ArbeiterInnenklasse in der ganzen Welt erhöht. Entscheidend ist aus unserer Sicht: Sowohl die Befreiung durch die Rote Armee wie auch der Sturz des Kapita-

lismus in Osteuropa geschah nicht wegen der stalinistischen Bürokratie, sondern trotz ihrer Existenz. Die Politik des Stalinismus hat selbst die Befreiung und soziale Revolution durch die Rote Armee relativiert: Durch eine von der Sozialfaschismustheorie bis zum Hitler-Stalin-Pakt katastrophale Politik gegenüber der faschistischen Gefahr, durch die Liquidation zehntausender KommunistInnen und die Enthauptung der Roten Armee vor dem 2. Weltkrieg; und durch die bürokratischen Regimes, die nach 1945 den Kapitalismus ersetzten. Wir denken, dass demgegenüber nach dem 2. Weltkrieg eine historische Chance versäumt wurde: In einer Stimmung, die durchaus das kapitalistische System zurecht für den Faschismus verantwortlich machte, eine wirkliche sozialistische Demokratie in West und Ost zu errichten.

ZUM JAHRESTAG

DES FEBRUAR 1934:

Nein, wir haben diesen Jahrestag nicht vergessen und waren bei drei Gedenkfeiern in Wien dabei; unter anderem haben wir auf Einladung der KPÖ-Favoriten an der Kundgebung vor dem Mahmal am Reumannplatz teilgenommen. Es freut uns in diesem Zusammenhang ganz besonders, wenn ein Angehöriger der Familie Münchreiter uns einen Leserbrief sendet. Karl Münchreiter wurde nach den Februarkämpfen trotz schwerer Verletzung gehent. In der

Begründung des damaligen Justizministers Schuschnigg (später Bundeskanzler) zeigt sich, dass mit dieser Schreckenstat ein Schreckenregime errichtet wurde: Erst „wenn der notwendige Abschreckungserfolg erzielt ist“, sei „das Standgericht zu besetzen“.

Der KPÖ-Genosse Wolfgang Selucky hat uns „zur Aktualität des Februar 1934 für die KPÖ“ eine bemerkenswerte Stellungnahme übermittelt. Er stellt darin fest, dass die Niederlage 1934 „Ergebnis einer verfehlten Politik von SPÖ und KPÖ war“; und zwar in dem Sinn, dass zwar die „Hauptursache“ dafür im „Zurückweichen der SPÖ“ bestand. Die KPÖ verhinderte aber sowohl vorher mit der „Sozialfaschismustheorie“, wie später mit ihrer Bündnispolitik mit bürgerlichen Kräften und „einer österreichpatriotischen Orientierung“ einen „effektiven“ Kampf gegen den Austrofaschismus. Genosse Selucky zieht von der nicht erfolgten „kritischen Beurteilung der damaligen Politik“ eine Linie zur heutigen Politik der KPÖ: „Zivilgesellschaft“ ist nichts anderes als die Fortsetzung der (stalinistischen) Volksfrontpolitik „in neuem Gewand“. Nur eine „Rückkehr zur Einheitsfrontpolitik und zum Internationalismus“ ermöglichte es, den Stalinismus „an der Wurzel auszureißen“. Eine solche Aufarbeitung bedeutet auch keine Herabwürdigung „der KämpferInnen des Februar 1934“. Wir möchten Genossen Selucky vollinhaltlich recht geben und hinzufügen: Eine solche Aufarbeitung würde tatsächlich den Idealen der FebruarkämpferInnen und gleichzeitig jenen Schutzbühlern, die in die UdSSR flohen und Opfer des großen Terrors wurden, gerecht werden.

DIE REDAKTION

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

punkte:

1., 19.30 Uhr
s., Payerg. 14
t: Jd. Di., 20 Uhr,
/Siebenbrunneng.
II: Jd. Mi., 19 Uhr
eine Neugasse
woch um 19 Uhr
tgasse 8
reitag, 19.30 Uhr
rstr. 38
TREFFEN:
onat, 19.00
anstr. 11-13
Frauen)

punkte:

n 19.00 Uhr
gasse 8

Die SLP-Veranstaltungen im Jänner:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.
5.3.: „HAUSARBEIT IM KAPITALISMUS“ SLP-WIEN-MARGARETEN I

8.3. INTERNATIONALER FRAUENTAG

07.30 UHR AHS-GLASERGASSE

12.00 UHR AHS WIEDNER GÜRTEL UND AHS RAHLGASSE

14.30 UHR KUNDGEBUNG DER SLP AM SCHWEDENPLATZ

16.00 FRAUENDEMO

19 UHR 30 „INTERNATIONALER KAMPF VON FRAUEN GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG“ SLP-WIEN-NORD

13.3.: „ISRAEL-PALÄSTINA“ SLP-WIEN-MARGARETEN II

20.3.: „FPÖ IN DER KRISE? – BALANCEAKT ZWISCHEN RECHTSEXTREMEM POPULISMUS UND NEOLIBERALER REGIERUNGSPOLITIK“ SLP-WIEN-MITTE

19.3.: „STREIK DER POST?“ SLP-WIEN-WEST

25.3.: „SEMPERIT“ SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN

Demonstrationen & Aktionen:

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz,
jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz

Widerstand • Sozialkritik • Sozialismus • erstreckt sich 1993
Wochenzeitung • 65. Jg.
Wochenzeitung der Sozialistischen Linkspartei • Nr. 119 September 2001 • Preis: € 5,10,-

VORWÄRTS

Die richtige Zeitung

DASABO

NORD-IRLAND:

LINKER WAHLSIEG IN NIPSA

In einer der größten Gewerkschaften im öffentlichen Dienst („Northern Ireland Public Services Alliance“) erhielt die linke Liste „Zeit für Veränderung“ die Mehrheit von 13 der 24 Sitze. Die Sektion des CWI in Nordirland, die Socialist Party, unterstützte die Liste und stellte 6 der 13 gewählten KandidatInnen. Eine zentrale Forderung war, dass insbesondere jene GewerkschaftsvertreterInnen, die Verhandlungen führen, gewählt werden müssen. Die Gewerkschaftsbürokratie, die Angst vor Kontrolle hat, griff im Wahlkampf v.a. die GenossInnen der SP an. Was ihnen aber auch nichts nutzte, weil sie letztlich verloren und nur mehr in der Minderheit sind.

Neues aus dem CWI

www.worldsocialist-cwi.org
www.resistance.eu.com

SOZIALISTISCHER

WIDERSTAND INTERNATIONAL

SWI/ISR, die neue sozialistische Jugendorganisation, die vom CWI unterstützt wird, organisiert am 15. März einen internationalen Aktionstag unter dem Motto „Free education now“. In einer Reihe von Ländern auf der ganzen Welt wird es an diesem Tag Aktionen geben:

Britannien: SchülerInnen werden die Schulen verlassen und streiken.

Brasilien: Die MSE, die „Bewegung derer ohne Bildung“, plant die Besetzung der Rechtsfakultät der Universität von Sao Paulo.

Griechenland: eine Reihe von Jugendorganisationen unterstützen den Aktionstag und es wird Demonstrationen, Kundgebungen und Schulstreiks geben.

Nigeria: In mindestens fünf Bundesstaaten werden Kundgebungen mit Musik und Reden stattfinden.

Nordirland: Die „Vereinigten SchülerInnen gegen Sektierum“ planen für den 15. März eine Kundgebung vor dem Büro der EU, um darauf hinzuweisen, dass die Mehrheit der Studierenden unter der Armutsgrenze lebt.

Schweden: In Stockholm werden sich SchülerInnen an einer Demonstration zum Hauptplatz zusammenfinden, in Umea werden auch die LehrerInnenproteste ein Thema sein.

Deutschland: In einer Reihe von Städten wird es Kundgebungen, Strassentheater und Demonstrationen geben, darunter in Berlin, Stuttgart, Rostock und Aachen.

GUS: Das Bildungsministerium wird Ort einer Kundgebung von SchülerInnen und Studierenden Moskau sein.

Belgien: Internationala Netz organisiert an verschiedenen Universitäten und Schulen Sitzs ins veranstaltet bereits im Vorfeld in Schulen Diskussionen.

Argentinien: Die gemeinsame Versammlung der verschiedenen Bezirksversammlungen des Volkes in Buenos Aires hat beschlossen, den Aktionstag zu unterstützen und SchülerInnen zu mobilisieren.

Kein Film

Die Post streikt!

Ausgliederung, Privatisierung und Flexibilisierung kann zum Tod führen. Das ist die Botschaft des neuen Films von Ken Loach, „The Navigators“. Doch nicht nur dieser britische Streifen ist sehenswertes Unterrichtsmaterial für alle österreichischen GewerkschaftsfunktionärInnen. Ein Blick auf die Inseln lohnt als Handlungsanleitung für den ÖGB zur Zeit allemal: Eine Urabstimmung bei der Post ergab dort kürzlich 63% für Kampfmaßnahmen.

EINE ZUSAMMENSTELLUNG
VON
KORRESPONDENTENBERICHTEN
DER SOCIALIST PARTY/ CWI
ENGLAND AND WALES

Die PostarbeiterInnen haben beschlossen zu streiken, nicht nur wegen der Bezahlung, sondern auch wegen der Art, wie sie vom Management behandelt wurden. Das gilt vor allem für die Ankündigung, Arbeitsplätze zu streichen. Ein Mitglied der Postgewerkschaft (CWU) aus Bristol meint: „Viele Leute denken, dass der Streik schon vor Monaten hätte beginnen müssen, als sie begannen im Zusammenhang mit den Gesprächen über die Reform des Zustellwesens Arbeitsplatzverluste ins Auge zu fassen. Ich arbeite in einer Zustellabteilung mit 160 ArbeiterInnen, beginne um 5 Uhr früh und arbeite bis zwölf, sechs Tage die Woche. Mein Grundlohn beträgt nur £ 250,53“ (ca. rund EUR 387/ ATS 5.300). Viele Postgewerkschaftsmitglieder sind der Meinung, dass die Stimmung für einen Streik jetzt nach der Abstimmung da ist und genutzt werden muss. An-

sonsten drohen weitere Angriffe: „Das Management will, dass wir um zwei, oder drei Uhr früh beginnen und am Nachmittag die Post ausliefern.“ Gleichzeitig „wollen sie die einträglichen Geschäfte an Private auslagern und uns nur verlustreiche Geschäfte – wie die Briefzustellung nach Schottland für 27 Pence überlassen.“

PRIVATISIERUNG
FÜHRTE INS DESASTER

Britannien war in den letzten Jahren das europäische Musterland der Privatisierung. Der erwähnte Film von Ken Loach „The Navigators“ zeigt die Folgen dieser Politik bei der Bahn auf: Die Zerstückelung des ehemaligen Staatsunternehmens in verschiedene private Gesellschaften führte zu sinnloser Konkurrenz. Aber nicht nur erheblicher Mehraufwand entsteht durch die Zerschlagung gewachsener Einheiten. Durch die Ausgliederung wichtiger Arbeiten, wie die Sanierung der Gleise, leidet die Sicherheit aller – von Beschäftigten und Passagieren. Die Folgen sind real: Unfälle und Kats-

trophen, bei denen in den letzten Jahren hunderte Menschen starben. Doch der rauhe Wind der Wirklichkeit beginnt sich inzwischen zu drehen: „Sicherheit vor Profite – Wiederverstaatlichung der Bahnen jetzt“ stand auf einem Transparent während des Streiks bei der „South West Trains“-Bahngesellschaft im Jänner/Februar 2002 zu lesen. Gleichzeitig geht in London der Widerstand gegen die – bis jetzt u.a. an Sicherheitsauflagen (!)

Privatisierung grundsätzlich bekämpfen.“, meint Bill Johnson von der Gewerkschaftsgliederung der U-BahnfahrerInnen und ArbeiterInnen. Gerade die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung des britischen Bahnwesens sind der Hintergrund für den hartnäckigen Widerstand in diesem Bereich: Die U-Bahnfahrer treten inzwischen für einen landesweiten Aktionstag und die Verstaatlichung des gesamten Bahnwesens ein.

Besonders dramatisch zeigt Loach die Folgen der Flexibilisierung und Ausgliederung auf. Der Trend zur stundenweisen Vermittlung durch private Agenturen bedeutet: „Scheinbar verdienst du mehr in der Stunde. Tatsächlich verliert man nicht nur jede soziale Sicherheit, sondern wird letztlich grenzenlos erpressbar – Gegenwehr gegen diesen Trend scheint ausgeschlossen“. Dass die Realität nicht so trostlos ist, beweisen die Kämpfe, die derzeit



Privatisierung tötet –
Massenproteste sind
notwendig!

gescheiterte – Privatisierung der Londoner U-Bahn weiter. Premier Tony Blair kämpft hier ums Prestige. „Wenn eine Bahn nicht durch Private betrieben werden kann, was ist dann mit Spitälern, Schulen und anderen öffentlichen Dienstleistungen? Die Regierung kann es sich nicht leisten, Boden an jene zu verlieren, welche die

UND ÖSTERREICH?

Eine ganze Gruppe junger SLP-Mitglieder hat sich Ken Loachs Film über die Arbeitsbedingungen bei der Bahn in Britannien gemeinsam angesehen. In der Diskussion nachher bestand Einigkeit: „Es sind die selben Fragen, die bei uns gerade diskutiert und umgesetzt werden“.

stattfinden. Gleichzeitig steht auch in Österreich momentan im Grunde alles zur Disposition: Die endgültige Zerschlagung der Post und der damit verbundene Verlust von 11.000 Arbeitsplätzen wären ein Meilenstein auf dem Weg zum „britischen Modell“. Noch hat der ÖGB es in der Hand, das Ruder herum zu reißen.

Achse des Bösen

USA rühren die Kriegstrommel

Der rasche militärische Sieg über die Taliban hat die Instabilität in der Region erhöht und auch das Selbstvertrauen der US-Hardliner gestärkt. Neben diesem Erfolg haben sie eine gewaltige Rüstungsoffensive im Rücken. Sie wollen den 1991 begonnenen Krieg gegen den Irak vollenden.

VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE

George W. Bushs erste „Rede zur Lage der Nation“ war Kriegstreiberi: Irak, Iran und Nordkorea seien die „Achse des Bösen“. Binnen der nächsten Monate sollen bis zu 200.000 Truppen an den Golf verlegt werden.

WARUM DER IRAK?

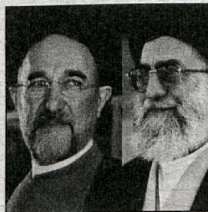
Saddam Husseins Regime ist eine brutale kapitalistische Diktatur. Doch das hat die USA lange nicht gestört. Husseins Ba'ath-Partei begann als pan-arabische bürgerliche Bewegung in den 50ern und wurde zu einem Verbündeten der

USA. Verantwortlich für den Aufstieg Ba'aths war die stalinistische Führung der irakischen KP, die nach dem Sturz der Monarchie 1958 nicht für die Vollendung von Landreform und sozialer Revolution eintrat. Sie ordnete sich einer Koalition mit dem bürgerlichen Militär-Regime unter. Ba'ath gewann Massenunterstützung. Als Hussein sich an die Macht putschte, machte er mit der kommunistischen Opposition kurzen Prozess. Husseins Sturz ist und bleibt die Aufgabe der irakischen Massen. Doch seit dem Krieg 1991 wurden durch Sanktionen und weitere US-Bomben ca. 1,2 Millionen Irakis getötet. Die USA begannen diesen Krieg, weil Hussein durch die Besetzung des US-Marionettenstaats Kuwait ihre Öl-Interessen durchkreuzte. Man beließ Hussein damals noch als „stabilisierenden“ Faktor weiter im Amt. Die USA hatten auch im Blick, die damalige Unterstützung arabischer Staaten durch einen fortgesetzten Vormarsch nicht

aufs Spiel zu setzen. Der 11. September brachte eine Wende der US-Politik: Das Prestige des Imperialismus sei durch Militärschläge wiederherzustellen, die Vormachtstellung im Nahen Osten im Speziellen.

WARUM DER IRAN?

1979 wurde der „Schah von Persien“ (König) durch eine Revolution gestürzt. Die Macht

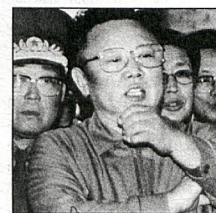


übernahm in Folge ein klerikal schiitisches Regime. Der Iran wurde damals die wichtigste US-feindliche Regionalmacht: Das das sunnitische Herrscherhaus Saudi Arabiens (bester arabischer Partner der USA) sah den Iran als gefährlichen Widersacher. Das ebenfalls sunnitisch orientierte Hussein-Regime bekämpfte den Iran im Golfkrieg 1980-88 – unter anderem mit Giftgas, welches

Hussein auch gegen die kurdische Minderheit einsetzte. Dieser Konflikt zwischen sunnitischen und schiitischen Fraktionen ist heute im zerbombten Afghanistan von Bedeutung. Das fundamentalistische Regime des Iran kommt den USA in Afghanistan in die Quere. Eine „Achse“ zwischen dem Irak und Iran gibt es nicht: Sie sind regionale Rivalen. Die USA befürchten eine Kräftverschiebung zwischen Irak und Iran.

WARUM NORDKOREA?

Die Entstehung Nordkoreas geht auf den militärischen Zusammenbruch des japanischen Imperialismus 1945 zurück. Das Land wurde in Einflusssphären zwischen UdSSR und USA aufgeteilt. Einer Offensive der USA folgte ein Krieg mit drei Millionen Toten. Im völlig zerbombten Norden konnte sich ein stalinistisches Regime auf planwirtschaftlicher Grundlage festigen, im Süden existiert(e) eine kapitalistische Diktatur. Nordkorea ist heute ein völlig verarmtes und isoliertes Land, in dem die stalinistische Herrschaft in eine Sackgasse führte. Eine militärische Aktion gegen Nordkorea steht nicht an. Die Nenn-



ung als Top-Schurkenstaat hat andere Gründe: Die treuen Regimes (Saudi Arabien, Ägypten, Jordanien) im Nahen Osten stehen unter dem Druck sozialer und fundamentalistischer Massenproteste. Bush mußte deshalb auch ein nicht-arabisches Land in die Liste aufnehmen.

Die Folgen eines neuerlichen offenen Krieges gegen den Irak sind nur in groben Zügen vorherzusehen: Weitere hunderttausende Tote und Massenproteste, die zum Zusammenbruch arabischer Regimes führen könnten. Auch in Europa und USA wird ein Krieg sichtbar werden. Vor allem Jugendliche werden diese Politik des Massenmords nicht einfach hinnehmen. Die SLP tritt für den Aufbau einer internationalen sozialistischen Bewegung gegen Krieg und Imperialismus ein.



Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn € 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen.
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

15. März Aktionstag Bildung ist keine Ware!

In Barcelona trifft sich am 15. März dieses Jahres der europäische Rat, um unter anderem auch über die europäische Bildungspolitik zu diskutieren. Wir können uns darauf gefasst machen, dass dieses Treffen weitere Anschläge auf den „freien“ Bildungszugang – also noch mehr Studiengebühren, Liberalisierung und Privatisierungen der Schulen und Universitäten mit sich bringen wird. Deshalb findet am 15. März auch der internationale Bildungsaktionstag von SWI - Sozialistischer Widerstand International - statt.

VON MARGARITA DÖLLER,
SWI-ÖSTERREICH

In den 90er Jahren nahmen die neoliberalen Angriffe unter dem Deckmantel des „Sparens“ auf der ganzen Welt zu. Wir erinnern uns an die Erhöhung der Klassen-schülerInnenhöchstzahl auf 36, die Kürzungen bei den LehrerIn-nengehältern und – last but not least – an die Studiengebühren. Diese Maßnahmen dienen jedoch nicht nur zum „Sparen“, sondern haben auch ideologische Hintergründe. Bildung soll zu einer Ware werden, die man/frau sich kaufen muss. Durch die Studiengebühren verringert sich die Anzahl der Studierenden weltweit. Gute Bildung wird zunehmend nur mehr den Reichen zugänglich gemacht.

INTERNATIONALER BILDUNGSVERKAUF

Anders als in Österreich gehören in den USA die Studiengebühren – auch an Schulen – bereits lange zum Alltag. Außerdem werden dort vor allem Eliteschulen und Universitäten von Unternehmen durch hohe Geldsummen unterstützt. Das führt zu Werbung in der Schule und Eingriffe der Unternehmen in die Schulverwaltung. Eine von „Pizza Hut“ gesponsorte Schule zum Beispiel wird natürlich in der Cafeteria nur Pizzas verkaufen und in den Stunden dürfen die Kinder Werbeslogans und Spots kreieren. Auch in Österreich haben viele dieser Dinge bereits Einzug gehalten. Am Gymnasium Rahlgas-

se in Wien wehrten sich SchülerInnen bereits gegen sexistische Werbeplakate. Die Regierungen in aller Welt drängen auf weitere Privatisierungen im Bildungsbe-reich, weil ihnen das in Summe an die 2.200 Milliarden Dollar einbringen würde. Einen ersten Schritt in diese Richtung setzten die europäischen Bildungsminister durch das „Bologna Agreement“. Es beinhaltet im Wesentlichen die Öffnung des Bildungs-sektors gegenüber dem freien Markt. Die Universitäten und Schulen sollen in einen direkten Wettbewerb treten und nach den Interessen der Unternehmen fun-gieren. Das würde zum Beispiel zur Streichung von angeblich „unnützen“ Fächern wie Soziologie führen.

INTERNATIONALER KAMPF

Sozialistischer Widerstand International ist eine neue unabhängige Jugendorganisation. Wir kämpfen international gegen Sozialabbau und Rechtsruck – für eine sozialistische Zukunft. Wir glauben, dass sich dazu der bestehende Widerstand gegen den Kapitalismus organisieren muß. SWI-Gruppen gibt es bereits in ganz Europa und auch Österreich. Unsere Mitglieder werden in ihren Schulen, aber auch vor Schulen, wo noch keine „SWI-lerInnen“ sind, für den Aktionstag am 15. März mobilisieren. Wer interessiert ist, mit uns gemeinsam zu kämpfen, soll sich melden, in eine von unseren Gruppen kommen und/oder am besten an der eigenen Schule eine SWI-Gruppe aufbauen!



Repression an der Schule

Freie Meinungsäußerung unerwünscht?

Repression: In vielen Schulen Österreichs wieder Gang und Gebe. Am Wiedner Gürtel, Wien 4, gab es Einschüchterungsversuche seitens des Direktors und SWI (Sozialistischer Widerstand International) organisierte eine erfolgreiche Gegenkampagne.

VON FRANZISKA GINNER,
SCHÜLERIN AM WIEDNER
GÜRTEL, SWI UND SLP
MARGARETEN I

Anfang Dezember 2001 teilten SchülerInnen (Steffi & ich) Flug-zettel, die Anti-Kriegsdemonstration in Brüssel betreffend, vor unserer Schule aus. Nur kurze Zeit darauf wurde ein „SchülerInnen-Läufer“ durch die Klassen ge-

INFOS ZUM AKTIONSTAG:
01-524 63 10
SWI@SLP.AT
WWW.SWI.AT.FT

schickt. Dieser Brief war vom Direktor verfasst und musste von

den LehrerInnen laut in ihrer Stunde vorgelesen werden. Er beinhaltete zum einen nur ungefähre Angaben über die betroffenen Personen, zum anderen einen Appell an alle SchülerInnen, sich diese „extremistische Propaganda nicht gefallen“ zu lassen. Andererseits sollten sie diese „Wenigen, Irregleiteteten und Verhetzten“ trotzdem als ihre Mitmenschen akzeptieren und anerkennen. Erwähnt sei noch, dass der Direktor sich deutlich gegen die Teilnahme an dieser Demonstration („Es werde Folgen haben...“) aussprach. Vielleicht hatte er bezweckt, uns einzuschüchtern. Doch das ist fehlgeschlagen. Wir

sind trotzdem gefahren und eine gute Werbung für unsere Schule war es allemal. SWI (Sozialistischer Widerstand International) setzte eine Initiative vor unserer Schule. Ein Infotisch wurde aufgestellt, es gab Musik, außerdem schmückten wir die Telefonzellen mit einem großen Plakat, auf dem nochmals das Direktorat zu lesen war. Wir trugen alle Aufkleber mit „AgitatorIn“, „Verhext“ und „Irregleitet“. Und wir verteilten ein Flugblatt mit einem Statement der ehemaligen Schulsprecherin Irene Müller (SLP), die anlässlich des Schulstreiks am 18.2.2000 schon ähnliches mit dem Direktor erlebt hatte. Die Reaktion des Direktors darauf sowie über unser dreitägiges Fehlen in der Schule (wegen der Demo in Brüssel)? Nichts! Die ganze Sache wurde von der Direktion totgeschwiegen. Wir haben gewonnen und so bei den Demonstrationen und der Gründung von SWI/ISR mitwirken können. Unbeabsichtigt leistete der Direktor einen wertvollen Beitrag zur Vergrößerung von SWI. Dankeschön!

SLP im Netz!

www.slp.at

Auf www.slp.at gibt's jede Menge zu entdecken. www.slp.at wird regelmäßig mit Neuem bestückt. Es lohnt sich immer wieder vorbeizuschauen!

- Hintergründe zu politischen Entwicklungen
- Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP
- Links zu den Schwesterparteien der SLP in aller Welt

